Bebauungsplan Nr. 4.1 Ka „Gewerbegebiet Ost/Henry-Everling-Straße

Anlage 4:

Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (1) BauGB
einschließlich Abwägungsvorschlag

Bebauungsplan Nr. 4.1 Ka „Gewerbegebiet Ost / Henry-Everling-Straße“

Übersicht über die Stellungnahmen und Abwägungsvorschläge gem. § 4(1) BauGB

Übersicht über die Stellungnahmen und Abwägungsvorschläge gem. § 4(1) BauGB vom 10.12.2014 – 14.01.2015

Lfd. Nr.	Institution	Wörtlicher Inhalt der Anregung	Stellungnahme und Beschlussvorschlag
1	Bezirksregierung Arnsberg – Dezernat 25 Schreiben vom 10.12.2014	Aus verkehrstechnischer Sicht bestehen zum obigen Bebauungsplan keine grundsätzlichen Bedenken. Ich weise jedoch darauf hin, dass die Sichtdreiecke an der Einmündung der Henry-Everling-Straße in die L 663 von jeglichen Sichtbehinderungen freizuhalten sind.	Der Hinweis, dass die Sichtdreiecke an der Einmündung der Henry-Everling-Straße in die L 663 von jeglichen Sichtbehinderungen freizuhalten sind, wird zur Kenntnis genommen. Die entsprechenden Sichtdreiecke werden in die Planzeichnung zum Bebauungsplan aufgenommen. Beschlussempfehlung: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
2	Bezirksregierung Arnsberg Abteilung 6 Bergbau und Energie NRW Schreiben vom 22.12.2014	Die vorbezeichnete Planmaßnahme befindet sich über dem auf Steinkohle und Eisenstein verliehenen Bergwerksfeld "Monopol I", über dem auf Steinkohle und Sole verliehenen Bergwerksfeld "Steinkohlen- und Salzsool-Bergwerk Königsborn", über dem auf Steinkohle und Eisenstein verliehenen Bergwerksfeld "Massener Tiefbau I", über dem auf Kohlenwasserstoffe erteilten Bewilligungsfeld "Grimberg-Gas", über dem auf Kohlenwasserstoffe erteilten Erlaubnisfeld "Nordrhein-Westfalen Nord" (zu gewerblichen Zwecken) sowie über dem auf Kohlenwasserstoffe erteilten Erlaubnisfeld "CBM-RWTH" (zu wissenschaftlichen Zwecken). Eigentümerin der Bergwerksfelder "Monopol I" und "Steinkohlen- und Salzsool-Bergwerk Königsborn" ist die RAG Aktiengesellschaft,	Die Hinweise auf die im Plangebiet vorhandenen Bergwerks- und Erlaubnisfelder werden zur Kenntnis genommen.

		<p>Shamrockring 1 in 44623 Herne. Eigentümerin des Bergwerksfeldes "Massener Tiefbau I" ist die Littelfuse GmbH, vertreten durch die RAG Aktiengesellschaft, Shamrockring 1 in 44623 Herne. Inhaberin der Bewilligung "Grimberg-Gas" ist die Minegas GmbH, Rüttenscheider Straße 1 - 3 in 45128 Essen. Inhaberin der Erlaubnis "Nordrhein-Westfalen Nord" ist die Mobil ErdgasErdöl GmbH, Caffamacherreihe 5 in 20355 Hamburg. Inhaberin der Erlaubnis "CBM - RWTH" ist die RWTH Aachen, Lehrstuhl und Institut für Markscheidewesen, Wüllnerstrasse 2 in 52062 Aachen.</p> <p>Ausweislich der hier vorliegenden Unterlagen ist im Bereich der Planmaßnahme kein heute noch einwirkungsrelevanter Bergbau dokumentiert. Danach ist mit bergbaulichen Einwirkungen nicht zu rechnen.</p> <p>Ferner verläuft am östlichen Rand des Plangebietes die Trasse der ehemaligen Zechenbahn Königsborn. Die Bergaufsicht hat bereits geendet. Mit dem Ende der Bergaufsicht ging die Zuständigkeit für diese Fläche auf die Stadt Kamen über, so dass die konkreten Folgenutzungen dieser Fläche, einschließlich der gegebenenfalls nachträglich durchgeführten umweltrelevanten Maßnahmen, hier nicht bekannt sind. Daher können auch keine konkreten Aussagen über Art und Umfang der aktuellen, umweltrelevanten Einflüsse oder Beeinträchtigungen, die gegebenenfalls noch von dieser Fläche ausgehen könnten, getroffen werden. Ich empfehle Ihnen daher, sich an Ihre Untere Bodenschutzbehörde zu wenden.</p>	<p>Der Hinweis, dass im Bereich der Planmaßnahme kein heute noch einwirkungsrelevanter Bergbau dokumentiert ist und danach mit bergbaulichen Einwirkungen nicht zu rechnen ist, wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es wird ebenfalls zur Kenntnis genommen, dass keine konkreten Aussagen über Art und Umfang der aktuellen, umweltrelevanten Einflüsse oder Beeinträchtigungen der Trasse der ehemaligen Zechenbahn Königsborn am östlichen Rand des Plangebietes getroffen werden können.</p> <p>Der Anregung, die Unteren Bodenschutzbehörde des Kreises Unna zu beteiligen wurde bereits gefolgt. Der Kreis Unna, zu dem die untere Bodenschutzbehörde gehört, wurde im Verfahren</p>
--	--	---	---

		<p>Darüber hinaus ist hier nichts über mögliche zukünftige, betriebsplanmäßig noch nicht zugelassene bergbauliche Tätigkeiten bekannt. Diesbezüglich empfehle ich Ihnen, sowohl die RAG Aktiengesellschaft und die Littelfuse GmbH als Eigentümerinnen der bestehenden Bergbauberechtigungen, als auch die Minegas GmbH als Inhaberin der Bewilligung an der Planungsmaßnahme zu beteiligen, falls dieses nicht bereits erfolgt ist.</p> <p>Abschließend sei hier erwähnt, dass eine Erlaubnis das befristete Recht zur Aufsuchung des bezeichneten Bodenschatzes innerhalb der festgelegten Feldesgrenzen gewährt. Unter dem "Aufsuchen" versteht man Tätigkeiten zur Feststellung (Untersuchung) des Vorhandenseins und der Ausdehnung eines Bodenschatzes. Eine Erlaubnis zu gewerblichen Zwecken dient lediglich dem Konkurrenzschutz und klärt in Form einer Lizenz nur grundsätzlich, welcher Unternehmer in diesem Gebiet Anträge auf Durchführung konkreter Aufsuchungsmaßnahmen stellen darf. Eine Erlaubnis zu wissenschaftlichen Zwecken kann auch neben einer auf denselben Bodenschatz erteilten Erlaubnis zu gewerblichen Zwecken bestehen. Eine erteilte Erlaubnis gestattet noch keinerlei konkrete Maßnahmen, wie z. B. Untersuchungsbohrungen, sodass Umweltauswirkungen in diesem Stadium allein aufgrund einer Erlaubnis nicht hervorgerufen werden können. Konkrete Aufsuchungsmaßnahmen wären erst nach weiteren Genehmigungsverfahren, den Betriebsplanzulassungsverfahren, erlaubt, die</p>	<p>beteiligt.</p> <p>Der Hinweis auf die Beteiligung der Bergbauberechtigten im Hinblick auf mögliche zukünftige, betriebsplanmäßig noch nicht zugelassene bergbauliche Tätigkeiten Kenntnis genommen. Die Minegas GmbH und die RAG Aktiengesellschaft wurden bereits beteiligt und haben im Rahmen dieses Verfahrens Stellungnahmen abgegeben. Die Littelfuse GmbH wird im weiteren Verfahren beteiligt.</p> <p>Beschlussempfehlung: Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
--	--	---	---

		<p>ganz konkret das "Ob" und "Wie" regeln. Vor einer Genehmigungsentscheidung erfolgt gemäß den gesetzlichen Vorschriften eine Beteiligung von ggf. betroffenen Privaten, Kommunen und Behörden. Des Weiteren werden ausführlich und gründlich alle öffentlichen Belange - insbesondere auch die des Gewässerschutzes - geprüft, gegebenenfalls in einem separaten wasserrechtlichen Erlaubnisverfahren. Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.</p>	
3	<p>Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Referat I 3 Schreiben vom 08.12.2014</p>	<p>Seitens der Bundeswehr gibt es keine Bedenken oder Einwände. Hierbei gehe ich davon aus, dass bauliche Anlagen - einschl. untergeordneter Gebäudeteile - eine Höhe von 30m nicht überschreiten. Sollte entgegen meiner Einschätzung diese Höhe überschritten werden, bitte ich in jedem Einzelfall mir die Planungsunterlagen - vor Erteilung einer Baugenehmigung - zur Prüfung zuzuleiten.</p>	<p>Zur Planung werden keine Anregungen und Bedenken vorgetragen. Die Annahme, dass eine Gebäudehöhe von 30 m nicht überschritten wird, ist zutreffend. Die maximale Gebäudehöhe, die im Bebauungsplan durch die Festsetzungen von maximalen Baukörperhöhen festgesetzt ist, beträgt ca. 20 m. Beschlussempfehlung: Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen.</p>
4	<p>Industrie- und Handelskammer zu Dortmund Schreiben vom 09.01.2015</p>	<p>Die Industrie- und Handelskammer zu Dortmund befürwortet grundsätzlich die planerische Sicherung von Gewerbegebieten hinsichtlich ihrer tatsächlichen Nutzung. Ich weise jedoch darauf hin, dass mit der Umwidmung des Industriegebiets nach § 9 BauNVO in ein Gewerbegebiet nach § 8 BauNVO Ansiedlungsmöglichkeiten für Betriebe, die in anderen Gebietstypen unzulässig sind, wegfallen. Da auch im GI Hemsack praktisch keine Ansiedlung weiterer Industriebetriebe (außer der bestehenden Firma Gülde) mehr möglich ist, sollten eine Umwidmung und ihre Folgen gut</p>	<p>Der Hinweis, dass eine Umwidmung des Plangebietes von einem Industriegebiet in ein Gewerbegebiet und die sich daraus ergebenden Folgen (z.B. Ansiedlung von Industriebetrieben) geprüft werden sollten, wird zur Kenntnis genommen und ist vor Aufstellungsbeschluss erfolgt. Die uneingeschränkte Zulässigkeit von erheblich belästigenden Gewerbebetrieben ist aus heutiger Sicht mit dem Schutzanspruch der in der Umgebung des Plangebietes vorhandenen schützenswerten Nutzungen nicht mehr vereinbar. Aufgrund der in der Umgebung</p>

		<p>geprüft werden. Es ist zu verhindern, dass GI-Ansiedlungen in Kamen grundsätzlich unmöglich werden, weil kaum noch entsprechende Gebiete vorgehalten werden.</p> <p>Es kann nachvollzogen werden, dass die Ansiedlung von Industriebetrieben aus Gründen des Umgebungsschutzes im GE Ost / Henry-Everling-Straße kaum noch möglich ist. Eine Ausweisung dieses Gebiets als Gewerbegebiet nach § 8 BauNVO sollte jedoch mit einem erhöhten Schutz der verbleibenden Industriegebiete im Stadtgebiet Kamens (z.B. GI Edisonstraße südlich der A1) im Rahmen der zukünftigen Bauleitplanung einhergehen. Auch bei vorübergehender Nutzung dieser Industriegebiete durch nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe, sollte darauf geachtet werden, dass diese Gebiete langfristig durch beispielsweise heranrückende, schutzwürdige Nutzungen nicht ebenfalls als Industriegebiet nach § 9 BauNVO unbrauchbar werden. Diese Entwicklungsmöglichkeiten sollte sich die Stadt Kamen nicht verbauen.</p>	<p>vorhandenen Wohnnutzungen besitzt das Plangebiet eine Eignung für die Ansiedlung von nicht erheblich belästigenden Gewerbebetrieben im Sinne des § 8 BauNVO – nicht aber für die Ansiedlung von Industriebetrieben. Daher ist es Ziel, unter Berücksichtigung der bestehenden Nutzungsstruktur im Plangebiet mit der Festsetzung eines nach der Art der zulässigen Betriebe gegliederten Gewerbegebietes den Immissionsschutz der umgebenden Nutzungen zu sichern und den Bestandsschutz der vorhandenen Betriebe langfristig zu gewährleisten.</p> <p>Die Ansiedlung von Industriebetrieben in der Stadt Kamen wird durch die Neuaufstellung des Bebauungsplanes nicht grundsätzlich unmöglich. Es sind in der Stadt auch weiterhin Industriegebiete vorhanden, wie beispielsweise südlich des Plangebietes an der Edisonstraße oder westlich des Plangebietes (Hemsack). Der Hinweis, dass die verbleibenden Industriegebiete langfristig gesichert werden sollen, wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Beschlussempfehlung: Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen.</p>
5	Kreis Unna – Der Landrat Schreiben vom 14.01.2015	<p>Im vorgenannten Plangebiet sind von Nord nach Süd im Altlastenkataster des Kreises Unna unter den Nummern 15/050, 15/197, 15/364, 15/347 und 15/144 fünf Altlastenverdachtsflächen erfasst (s. beiliegender Kartenausschnitt). Im Einzelnen handelt es sich hierbei um folgende Flächen: 15/050: Gemarkung Kamen. Flur 44. Flurstücke 93, 95-</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass gem. Altlastenkataster des Kreises Unna im Plangebiet fünf Altlastenverdachtsflächen erfasst sind.</p> <p>Den Anregungen, die angeführten Altlastenverdachtsflächen im Bebauungsplan entsprechend zu kennzeichnen, die formulierten textlichen Hinweise in den Bebauungsplan aufzunehmen sowie diese um die in der</p>

		<p>97, 99, 104; Flur 46, Flurstücke 175.176,319-321,384-386,474,578-580,582,584, 586-599 und 654-663</p> <p>Hierbei handelt es sich nach den mir vorliegenden Unterlagen um den Standort eines Betriebes zur Kunststoff- und Metallverarbeitung. Hier wurden in den Jahren von 1969 bis ca. 2001 Haushaltwaren, Verpackungen und Deckel produziert. Als Werkstoffe wurden Polypropylen, Polystyrol, Stahl und Aluminium verwendet. In den Adressbüchern der Jahre 1972 und 1975 finden sich auch Einträge für den Betrieb einer Beizerei und Verzinnerei.</p> <p>Nach 2001 wurde das auf dem Gelände befindliche ca. 4.000 m² große Hallengebäude als Lager- und Kommissionierbetrieb des vorgenannten Betriebes genutzt.</p> <p>Seit Anfang 2001 wird der vordere Teilbereich des Grundstückes an der Henry-Everling-Straße (Flurstücke 474, 654, 656, 658, 660, 662) bis heute durch einen Tankstellenbetrieb mit PKW-Waschanlage genutzt.</p> <p>Das im hinteren Bereich vorhandene große Hallengebäude wurde (Ortsbesichtigung am 17.06.08) als Lagerhalle sowie in einem Teilbereich u. a. für den Verkauf von Fliesen und Gartenmöbeln genutzt.</p> <p>Bisher liegen mir keine Kenntnisse über etwaige Schadensfälle auf dem Grundstück und auch keine Ergebnisse von Bodenuntersuchungen vor.</p> <p>15/197: Gemarkung Kamen, Flur 46, Flurstücke 457, 476, 507, 610 u. 611</p> <p>Hierbei handelt es sich um den Standort einer von 1970 bis 1989 bestehenden Betriebes zur</p>	<p>Begründung beschriebenen Maßnahmen zum Biotop- und Artenschutz zu ergänzen und Informationen zu den Altlastenverdachtsflächen in den Umweltbericht aufzunehmen und diesen weiter zu ergänzen (z.B. Thema Klima), wird gefolgt.</p> <p>Beschlussempfehlung: Den Anregungen wird gefolgt.</p>
--	--	--	---

		<p>Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen. Gemäß der Auswertung von Bauakten der Stadt Kamen im Rahmen der Erstbewertung befand sich das Werkstattgebäude auf dem Flurstück 476 sowie im Rohbau befindliche Garagen im nördlichen Bereich des Flurstückes 457. Ein Bauantrag für den Rückbau der auf den vorgeh. Flurstücken befindlichen Gebäude wurde im September 1989 gestellt. Anschließend erfolgte der Abbruch der Gebäude. Seit Anfang der 1990-er Jahre sind die Flurstücke nicht bebaut und werden als Lagerplatz und Parkplatz genutzt.</p> <p><i>15/364:</i> Gemarkung Kamen, Flur 44, Flurstücke 36, 37 (tlw.) , 38 (tlw.), 70, 71 (tlw.), 73, 74 (tlw.) 95 u. 103 (tlw.) sowie Flur 45, Flurstücke 48 u. 144 Hierbei handelt es sich um eine im Luftbild von 1967 erkennbare 1 bis < 3 m mächtige Basisaufschüttung. Über die genaue Menge und die chemische Qualität der aufgeschütteten Materialien liegen mir ebenfalls keine Kenntnisse vor.</p> <p><i>15/347:</i> Gemarkung Kamen, Flur 45, Flurstücke 230 (nordwestl. Bereich), 298 u. 299 Auch hierbei handelt es sich um eine im Luftbild von 1967 erkennbare 1 bis < 3 m mächtige Basisaufschüttung. Über die genaue Menge und die chemische Qualität der aufgeschütteten Materialien liegen mir ebenfalls keine Kenntnisse vor.</p> <p><i>15/144:</i> Gemarkung Kamen, Flur 44, Flurstücke 67, 90, 144, 145 und Flur 45, Flurstücke 68, 189, 229 u.</p>	
--	--	---	--

		<p>230</p> <p>Seit 1975 wurde hier die Herstellung von sonstigen Eisen-, Blech- und Metallwaren (Branchengruppe »Metallerzeugung und -verarbeitung«) betrieben, von 1976 -1979 befand sich eine Spedition (»Sonstige Dienstleistungen«) und ein Frachtumschlag und Lagerei (»Handel und Lagerung«) auf dem Gelände und von 1989 - 1991 war <i>dort</i> ein Großhandel für Baustoffe und Bauelemente aus mineralischen <i>Stoffen</i> („Handel und Lagerung“) ansässig.</p> <p>Derzeit werden die Gebäude durch ein Logistik-Unternehmen (Metro) genutzt.</p> <p>Für alle vorgenannten Flächen besteht auf Grund der Nutzungs-Historie sowie der fehlenden Kenntnis über die angeschütteten Materialien derzeit ein begründeter Altlastenverdacht.</p> <p>Aus Sicht der Altlastenbearbeitung und des Bodenschutzes bestehen gegen den Bebauungsplan Nr. 4.1 Ka keine Bedenken, wenn folgende Punkte aufgenommen und entsprechend beachtet und umgesetzt werden:</p> <ul style="list-style-type: none">• Die angeführten Altlastenverdachtsflächen sind im Bebauungsplan entsprechend zu kennzeichnen.• In den Bebauungsplan ist folgender textlicher Hinweis aufzunehmen: „Werden im Bereich der Altlastenverdachtsflächen Nutzungsänderungen oder bauliche Veränderungen jeglicher Art, welche mit Eingriffen in den Boden verbunden sind, vorgenommen, so ist im Vorfeld eine Gefährdungsabschätzungsuntersuchung durch einen anerkannten Altlastensachverständigen durchzuführen. Das genaue	
--	--	---	--

		<p>Untersuchungsprogramm ist vorab mit der Unteren Bodenschutzbehörde des Kreises Unna und dem zu beauftragenden Gutachter abzustimmen.</p> <p>Die Untere Bodenschutzbehörde des Kreises Unna ist in Baugenehmigungsverfahren zu beteiligen.“</p> <ul style="list-style-type: none">• Im Kapitel 7 „Altlasten“ der Begründung und im Umweltbericht zum Bebauungsplan sind die o. g. Informationen zu den angeführten Altlastenverdachtsflächen aufzunehmen bzw. entsprechende Ausführungen zu tätigen. <p>Aus wasserwirtschaftlicher Sicht ist folgender textlicher Hinweis in den Bebauungsplan aufzunehmen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Für die bautechnische Verwertung und den Einsatz von Sekundärbaustoffen (Recyclingbaustoffe/ Bauschutt, industrielle Reststoffe) oder schadstoffbelasteten Bodenmaterialien im Straßen und Erdbau (z.B. Errichtung von Trag- und Gründungsschichten) ist gemäß § 8 WHG eine wasserrechtliche Erlaubnis erforderlich. Diese ist vom Bauherrn bei der Kreisverwaltung Unna, Fachbereich Natur und Umwelt zu beantragen. Mit dem Einbau des Sekundärbaustoffes oder der Bodenmaterialien darf erst nach Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis begonnen werden. <p>Außerdem sind die in der Begründung beschriebenen Maßnahmen zum Biotop- und Artenschutz (s. Begründung S. 15) als textlicher Hinweis in den Bebauungsplan zu integrieren.</p> <p>Im weiteren Verlauf des Verfahrens sind sowohl das Thema Klima in der Begründung als auch der Umweltbericht (Monitoring, Allgemein</p>	
--	--	--	--

		verständliche Zusammenfassung) weiter zu qualifizieren.	
6	Landesbetrieb Straßenbau NRW – Autobahn­niederlassung Hamm Schreiben vom 07.01.2015	<p>Seitens der Autobahn­niederlassung Hamm bestehen gegen den o. g. Bebauungsplan keine Bedenken, wenn folgende Bestimmungen berücksichtigt und im Bebauungsplan als "Hinweise" aufgenommen werden.</p> <p>Hochbauten jeglicher Art (folglich auch Werbeanlagen) in der Anbauverbotszone (40 Meter vom befestigten Fahrbahnrand) sind gemäß § 9 Abs. 1 i. V. m. Abs. 6 FStrG und den Richtlinien zur Werbung an Bundesautobahnen vom 17.09.2001 aus straßenverkehrs- und straßenrechtlicher Sicht unzulässig.</p> <p>Werbeanlagen in der Anbaubeschränkungszone (40 bis 100 Meter vom befestigten Fahrbahnrand) bedürfen gemäß § 9 Abs. 2 FStrG der Zustimmung der obersten Landesstraßenbaubehörde. Jede einzelne Werbeanlage ist daher gesondert zu beantragen.</p> <p>Über die Anbaubeschränkungszone des FStrG hinaus, d. h. auch in einem Abstand von mehr als 100 Meter vom befestigten Fahrbahnrand, kann eine Werbeanlage nach den straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften des § 33 StVO unzulässig sein. Daher ist die Beteiligung der zuständigen Bezirksregierung zwingend erforderlich.</p> <p>Ich bitte darum den befestigten Fahrbahnrand, die Anbauverbotszone und die Anbaubeschränkungszone im Lageplan deutlich darzustellen.</p> <p>Schon zu Beginn der Planungsarbeiten für Baugebiete und andere immissionsempfindliche</p>	<p>Der Anregung, die geforderten Hinweise betreffend Hochbauten jeglicher Art und im Speziellen auch Werbeanlagen in den Bebauungsplan aufzunehmen, wird gefolgt.</p> <p>Die im Bebauungsplan bereits enthaltenen Hinweise „Anlagen der Außenwerbung“ und „Beleuchtungsanlagen“ werden entsprechend konkretisiert und ergänzt.</p> <p>Der Anregung, die Anbauverbots- und die Anbaubeschränkungszone sowie den befestigten Fahrbahnrand der Bundesautobahn in den Bebauungsplan aufzunehmen, wird gefolgt.</p> <p>Der Hinweis auf den erforderlichen Schutz der geplanten Nutzungen vor dem</p>

		<p>Gebiete oder Anlagen sind durch den Planungsträger im Bereich vorhandener oder geplanter Straßen wirksame Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Verkehrsimmissionen, vor allem durch ausreichende Abstände von den Hauptverkehrsstraßen, vorzusehen. Unter Hinweis auf die Grundsätze des § 50 BImSchG und des § 1 (3 und 4) BauGB bitte ich eigenverantwortlich geeignete Schutzmaßnahmen zu treffen. Eine Prüfung, insbesondere in schalltechnischer Hinsicht, über straßenplanerische und anbaurechtliche Belange hinaus, erfolgt von hier nicht.</p> <p>Wir bitten um weitere Beteiligung im Planverfahren und nach Abschluss des Verfahrens um Übersendung des rechtskräftigen Bebauungsplanes.</p>	<p>Straßenverkehrslärm der BAB 1 wird zur Kenntnis genommen. Bei dem Plangebiet handelt es sich um einen bereits bestehenden und in weiten Teilen – insbesondere im Nahbereich der Bundesautobahn – bereits besiedelten Gewerbestandort, für den aufgrund der bestehenden Flächennutzungen ergänzende aktive Schallschutzmaßnahmen nicht realisierbar sind. Insofern sind die Bauherren gehalten bei der Errichtung von baulichen Anlagen mit Räumen, die dem dauernden Aufenthalt von Menschen dienen (z. B. Büroräume) entsprechende architektonische Maßnahmen (Grundrissgestaltung, passive Schallschutzmaßnahmen) vorzusehen, die den Immissionsschutz gewährleisten.</p> <p>Der Anregung, den Landesbetrieb Straßenbau NRW - Autobahn-Niederlassung Hamm im weiteren Verfahren erneut zu beteiligen wird gefolgt.</p> <p>Beschlussempfehlung: Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen. Den Anregungen wird gefolgt.</p>
7	Landesbetrieb Straßenbau NRW – Regionalniederlassung Ruhr, Haus Bochum Schreiben vom 06.01.2015	<p>Aufgrund der angrenzenden Bundes- und Landstraßen sind für das Plangebiet die nachstehenden Auflagen und Änderungen zu berücksichtigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Entlang der L 663 - Heerener Straße ist aus Verkehrssicherheitsbelangen ein Verbot der Ein- und Ausfahrt festzusetzen. Zusätzlich sind die Grundstücke zur Heerener Straße lückenlos einzufrieden. Für die Verkehrsflächen auf den 	<p>Der Anregung, entlang der L 663 aus Verkehrssicherheitsbelangen über die gesamte Länge einen Bereich ohne Ein- und Ausfahrt festzusetzen, wird gefolgt.</p> <p>Der Anregung, die Grundstücke zur Heerener Straße lückenlos einzufrieden, wird in Teilen berücksichtigt. Aufgrund der im Plangebiet bestehenden großflächigen Hallen, scheint eine vollständige Einfriedung der Grundstücke mit</p>

		<p>Bebauungsplangrundstücken ist ein dauerhafter ca. 1,20 m hoher Blendschutz zur Heerener Straße herzustellen.</p> <p>- In Anlehnung an den vorhandenen Bestand ist die Baugrenze mit einem Abstand von 8 m zur Straßeneigentumsgrenze der L 663 festzusetzen.</p> <p>- Sämtliche Beleuchtungsanlagen sind sowohl zur L 663 als auch zur B 233 wirkungsvoll abzuschirmen, um eine Ablenkung der Verkehrsteilnehmer zu vermeiden. Für die Beleuchtungsanlagen ist ein entsprechend verträglicher Spektralbereich vorzusehen. Die Abschirmung der Anlagen ist gutachterlich nachzuweisen.</p> <p>- Für die Festsetzung der Anbauverbotszone an der B 233 (Hochstraße) sind die maßgeblichen Fahrbahnränder des geplanten verkehrstechnischen Umbaus im Bereich des Knotenpunktes Hochstraße / Henry-Everling-Straße / Unnaer Straße zu Grunde zu legen. Die Baugrenzen sind unter Berücksichtigung der überarbeiteten Anbauverbotszonen entsprechend anzupassen. Der Fahrbahnrand der B 233 ist nachrichtlich im Plan darzustellen.</p> <p>- Für die Bebauungsplanflächen ist eine eigene</p>	<p>einem Blendschutz unverhältnismäßig, da von Gebäuden in aller Regel in einer Höhe von bis zu 1,20 m keine Blendwirkungen ausgehen. Um eine Beeinträchtigung des Verkehrs auf der L 663 durch mögliche Rangiervorgänge auf befestigten Freiflächen der Betriebe zu vermeiden, wird festgesetzt, dass angrenzend an die Heerener Straße (L 663) gelegene Lagerplätze, Stellplatzflächen und Fahrflächen mit einem Blendschutz mit einer Höhe von 1,20 m zu versehen sind.</p> <p>Der Anregung, die Baugrenze in einem Abstand von 8 m zur Straßeneigentumsgrenze der L 663 festzusetzen, wird berücksichtigt.</p> <p>Der Hinweis auf die erforderliche Abschirmung von Beleuchtungsanlagen entlang der L 663 und B 233 wird zur Kenntnis genommen. Ein entsprechender Hinweis wird in den Bebauungsplan aufgenommen.</p> <p>Der Anregung, für die Anbauverbotszone die maßgeblichen Fahrbahnränder des geplanten verkehrstechnischen Umbaus im Bereich des Knotenpunktes Hochstraße / Henry-Everling-Straße / Unnaer Straße zu Grunde zu legen, wird gefolgt.</p> <p>Bei dem Plangebiet handelt es sich um ein</p>
--	--	--	---

		<p>Entwässerung vorzuhalten.</p> <p>- Werbungsanlagen jeder Art bedürfen der Zustimmung der Straßenbauverwaltung.</p>	<p>bestehendes Gewerbegebiet dessen Entwässerung bereits unabhängig von den angrenzenden Bundes-/Landesstraße gesichert ist.</p> <p>Der Hinweis, dass Werbungsanlagen jeder Art der Zustimmung der Straßenbauverwaltung bedürfen, wird zur Kenntnis genommen. Es ist darauf hinzuweisen, dass dies auf Grundlage des Straßen und Wegegesetzes NRW bzw. des Bundesfernstraßengesetze nur für Werbeanlagen gilt, die innerhalb der Baubeschränkungszone liegen.</p> <p>Beschlussempfehlung: Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
3	<p>Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Referat I 3 Schreiben vom 08.12.2014</p>	<p>Seitens der Bundeswehr gibt es keine Bedenken oder Einwände. Hierbei gehe ich davon aus, dass bauliche Anlagen - einschl. untergeordneter Gebäudeteile - eine Höhe von 30m nicht überschreiten. Sollte entgegen meiner Einschätzung diese Höhe überschritten werden, bitte ich in jedem Einzelfall mir die Planungsunterlagen - vor Erteilung einer Baugenehmigung - zur Prüfung zuzuleiten.</p>	<p>Zur Planung werden keine Anregungen und Bedenken vorgetragen. Innerhalb des Plangebietes sind keine Baukörper mit einer Höhe von mehr als 30 m zulässig.</p> <p>Beschlussempfehlung: Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen.</p>
8	<p>LWL-Archäologie für Westfalen – Außenstelle Olpe Schreiben vom 08.12.2014</p>	<p>Wir verweisen auf den im Bebauungsplan genannten Punkt Hinweise „Denkmalschutz“. Zudem weisen wir darauf hin, dass in dem Punkt darauf hingewiesen wird, dass das Amt für Bodendenkmalpflege in Münster im Bedarfsfalle zu benachrichtigen sei. Für den Regierungsbezirk Arnsberg ist jedoch die Außenstelle Olpe zuständig. Auch sollten auch unsere Fax- und Telefonnummer in den Punkt aufgenommen werden, um eine Benachrichtigung zu erleichtern.</p>	<p>Der Anregung, den Hinweis „Denkmalschutz“ entsprechend zu ändern bzw. zu ergänzen, wird gefolgt.</p> <p>Beschlussempfehlung: Der Anregung wird gefolgt.</p>

		<p>Daher bitten wir Sie, den Hinweis wie folgt zu ändern:</p> <p>Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur- und/oder naturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauern, alte Gräben, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Höhlen und Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und/oder pflanzlichen Lebens aus Erdgeschichtlicher Zeit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt Kamen als Unterer Denkmalbehörde und/oder der LWL-Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe (Tel.: 02761/ 93750; Fax: 02761/ 937520) unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§15 u. 16 Denkmalschutzgesetz NRW), falls diese nicht vorher von den Denkmalbehörden freigegeben wird. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ist berechtigt, das Bodendenkmal zu bergen, auszuwerten und für wissenschaftliche Erforschung bis zu 6 Monate in Besitz zu nehmen (§16 Abs. 4 DSchG NW). Ansonsten bestehen unsererseits keine Bedenken.</p>	
9	Minegas GmbH Schreiben vom 08.12.2014	<p>Die Fläche des Bebauungsplanes 04.1 Ka "Gewerbegebiet Ost/ Henry-Everling-Straße" touchiert noch geringfügig mit dem nördlichen Rand die bergrechtliche Bewilligung auf Kohlenwasserstoffe "Grimberg Gas" der Minegas GmbH.</p> <p>Bestehende Aktivitäten oder Planungen unseres Unternehmens werden durch die vorgesehene</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass das Plangebiet mit dem nördlichen Rand geringfügig die bergrechtliche Bewilligung auf Kohlenwasserstoffe "Grimberg Gas" der Minegas GmbH berührt. Bestehende Aktivitäten oder Planungen des Unternehmens sind jedoch nicht betroffen, es wirkt mit der Gewinnung von Kohlenwasserstoffen nicht auf die Fläche ein.</p>

		<p>Bebauung/Nutzung der Fläche nicht betroffen. Auch wirkt Minegas GmbH mit der vorgesehenen Gewinnung von Kohlenwasserstoffen (Grubengas) aus dieser Bewilligung nicht auf die Fläche ein.</p>	<p>Beschlussempfehlung: Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen.</p>
10	<p>Telefonica Germany GmbH Schreiben vom 13.01.2015</p>	<p>Aus Sicht der Telefónica Germany GmbH & Co. OHG sind nach den einschlägigen raumordnerischen Grundsätzen die folgenden Belange bei der weiteren Planung zu berücksichtigen, um erhebliche Störungen bereits vorhandener Telekommunikationslinien zu vermeiden: In der Nähe Ihres Planungsgebietes verlaufen drei unserer Richtfunkverbindungen. Innerhalb des Plangebietes befindet sich ein von Telefónica Germany genutzter Funkstandort (Standortnummer 359990283). Damit es zukünftig zu keinen Interferenzen kommt, sollte entlang dieser Richtfunktrassen, im Bereich des Plangebietes, folgende Bauhöhe nicht überschritten werden: Link 305555996 · max. Bauhöhe 32 m. Schutzstreifen um die Mittellinie des Links +/- 10 m (Trassenbereite). Link 305550929 und 305554925 · max. Bauhöhe 15 m. Schutzstreifen um die Mittellinie des Links +/- 6 m (Trassenbereite). Die unteren Abbildungen auf der folgenden Seite zeigen eine Übersichts- und eine Detailkarte vom Planungsgebiet. In den Abbildungen ist das Plangebiet mit einer dicken orangen Linie eingezeichnet. Die anderen farbigen Linien verstehen sich als Punkt-zu-Punkt-Richtfunkverbindungen von Telefónica Germany</p>	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass in Umfeld des Plangebietes drei Richtfunkverbindungen verlaufen und sich im Plangebiet ein genutzter Funkstandort (Standortnummer 359990283) befindet.</p> <p>Da innerhalb des Plangebietes eine Baukörperhöhe von 32 m unterschritten wird, sind keine Konflikte mit der mit „Link 305555996“ bezeichneten Richtfunktrasse zu erwarten. - Für die mit „Link 305550929 und 305554925“ im Süden des Plangebiets bezeichnete Trasse soll eine max. Baukörperhöhe von 15 m nicht überschritten werden. Diese Flächen sind jedoch bereits bebaut und werden gewerblich genutzt. Auf Grundlage des bisher geltenden Planungsrechts war bisher eine zweigeschossige Bebauung ohne nähere Begrenzung der Baukörperhöhe zulässig, sodass auch eine Baukörperhöhe von mehr als 15 m zulässig ist. Die Anregung die Baukörperhöhe zu begrenzen würde daher zu einer Einschränkung der Ausnutzbarkeit der gewerblichen Flächen führen. Vor dem Hintergrund des derzeit bestehenden Planungsrechts soll im Sinne der Wahrung der gewerblichen Ausnutzbarkeit des Standortes die</p>

		<p>GmbH & Co. OHG. Man kann sich diese Telekommunikationslinien als einen horizontal über der Landschaft verlaufenden Zylinder mit einem Durchmesser von rund 20-60m (einschließlich der Schutzbereiche) vorstellen (abhängig von verschiedenen Parametern). Bitte beachten Sie zur Veranschaulichung die beiliegenden Skizzen mit Einzeichnung der Trassenverläufe. Alle geplanten Konstruktionen und notwendige Baukräne dürfen nicht in die Richtfunktrasse ragen. Wir bitten um Berücksichtigung und Übernahme der o.g. Richtfunktrassen in die Vorplanung und in die zukünftige Bauleitplanung bzw. den zukünftigen Flächennutzungsplan. Innerhalb der Schutzbereiche (horizontal und vertikal) sind entsprechende Bauhöhenbeschränkungen festzusetzen, damit die raumbedeutsame Richtfunkstrecke nicht beeinträchtigt wird. Die Eckdaten für die Funkfelder dieser Telekommunikationslinien finden Sie auf einem separaten Blatt. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.</p>	<p>bisherige Festsetzung einer zulässigen Baukörperhöhe von 20 m auch für den angesprochenen Bereich daher beibehalten werden. Beschlussempfehlung: Den Anregungen wird nicht gefolgt.</p>
11	PLEdoc GmbH Schreiben vom 11.12.2014	<p>Im Rahmen unserer Prüfung Ihrer Anfrage haben wir den räumlichen Ausdehnungsbereich Ihrer Maßnahme in dem beigefügten Übersichtsplan dargestellt. Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich. Bitte überprüfen Sie diese Darstellung auf Vollständigkeit und Richtigkeit und nehmen Sie bei Unstimmigkeiten umgehend mit uns Kontakt auf. Der in der Anlage gekennzeichnete Bereich</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass durch die Planung keine Versorgungseinrichtungen der genannten Eigentümer bzw. Betreiber berührt werden und Auskünfte zu Anlagen sonstiger Netzbetreiber gesondert einzuholen sind. Veränderungen des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes sind nicht vorgesehen.</p>

		<p>berührt keine Versorgungseinrichtungen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber.</p> <ul style="list-style-type: none">- Open Grid Europe GmbH, Essen- Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen- Ferngas Netzgesellschaft mbH (ehem. Ferngas Nordbayern GmbH (FGN), Schwaig- Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen- Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen- Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund- Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen- GasLINE Telekommunikationsnetzges. deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG, Straelen- Viatel GmbH, Frankfurt <p>Diese Auskunft bezieht sich nur auf die Versorgungseinrichtungen der hier aufgelisteten Versorgungsunternehmen. Auskünfte zu Anlagen sonstiger Netzbetreiber (z. B. auch weiterer E.ON-Gesellschaften) sind bei den jeweiligen Versorgungsunternehmen bzw. Konzerngesellschaften oder Regionalcentern gesondert einzuholen.</p> <p>Sollte der Geltungsbereich bzw. das Projekt erweitert oder verlagert werden oder der Arbeitsraum die dargestellten Projektgrenzen überschreiten, so bitten wir um unverzügliche Benachrichtigung.</p> <p>Für den in Ihrer Anfrage genannten Projektbereich haben wir einen Übersichtsplan erstellt. Dieser Übersichtsplan ist ausschließlich</p>	<p>Beschlussempfehlung: Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen.</p>
--	--	---	--

		für den hier angefragten räumlichen Bereich zu verwenden. Bitte überprüfen Sie diese Darstellung auf Vollständig- und Richtigkeit und nehmen Sie bei Unstimmigkeiten umgehend mit uns Kontakt auf. Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns. Eine Weitergabe an Dritte ist unzulässig.	
12	Versatel Deutschland GmbH Schreiben vom 06.01.2015	<p>Die von Ihnen gewünschte Leitungsauskunft entnehmen Sie bitte dem beigefügten Planauszug.</p> <p>Aus dem Planauszug sind die von Versatel im angefragten Planungsgebiet betriebenen Telekommunikationslinien und -anlagen ersichtlich. Bitte beachten Sie, dass Sie auch dann einen Planauszug erhalten, wenn in dem angefragten Planungsgebiet keine Kabelanlagen der Versatel vorhanden sind.</p> <p>Die Leitungsauskunft ist innerhalb der Versatel Gruppe zentral organisiert. Sofern die Auskunft auch Kabelanlagen anderer Versatel Gesellschaften beinhaltet, ist die Versatel Deutschland GmbH von der jeweiligen Gesellschaft zur Auskunftserteilung bevollmächtigt worden. Mit dem Schreiben erhalten Sie unsere „Richtlinie zum Schutz der Versatel Telekommunikationsinfrastruktur“ zur Kenntnis und Beachtung.</p> <p>Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne unter 030-8188-1205 zur Verfügung.</p>	<p>Stellungnahme: Gemäß beigefügtem Planauszug sind im Plangebiet keine Telekommunikationslinien und -anlagen der Versatel Deutschland GmbH vorhanden.</p> <p>Beschlussempfehlung: Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen.</p>

Von folgenden Trägern öffentlicher Belange wurden in ihren Schreiben keine Anregungen und Bedenken vorgebracht:

- Amprion GmbH
- Bezirksregierung Münster Dez. 26 Luftverkehr
- Deutsche Bahn AG
- Deutsche Telekom AG T-COM TI NL – West
- Eisenbahn-Bundesamt, Außenstelle Essen
- Gelsenwasser AG
- GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH
- Landwirtschaftskammer NRW – Kreisstelle Ruhr-Lippe
- RAG Aktiengesellschaft
- Regionalverband Ruhr
- Stadt Bergkamen Planung, Tiefbau, Umwelt, Liegenschaften
- Stadt Hamm
- Thyssengas GmbH
- Unitymedia NRW GmbH

Folgende Träger öffentlicher Belange haben auf die Abgabe einer Stellungnahme verzichtet:

- Bezirksregierung Arnsberg - Dez. 22, Kampfmittelbeseitigung
- Bezirksregierung Köln –Abt. 7, GEObasis NRW
- Bezirksregierung Münster - Dez. 53, Immissionsschutz
- Deutsche Post Real Estate Germany GmbH
- Ev. Kirchenkreis Unna - Kreiskirchenamt
- Finanzamt Hamm
- Gemeinde Bönen
- Gemeindeverband kath. Kirchengemeinden Ruhr-Mark
- Geologischer Dienst NRW Landesbetrieb
- Handwerkskammer Dortmund

- Kath. Kirchengemeinde Heilige Familie
- Kreishandwerkerschaft Hellweg-Lippe
- Landesbetrieb Wald und Holz NRW - Regionalforstamt
- Landesbüro der Naturschutzverbände
- Regionalverband Ruhr – staatliche Regionalplanung
- Stadt Kamen (Fachbereiche 01, 20.2, 23, 30.1, 37, 60.1, 60.2, 60.3, 70, Stadtentwässerung)
- Stadt Unna
- Tetraeder.com GmbH
- Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH
- Westnetz GmbH, Regionalzentrum Recklinghausen
- Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH

Bearbeitet im Auftrag der Stadt Kamen
Coesfeld, im Mai 2015
WOLTERS PARTNER

Architekten & Stadtplaner GmbH
Daruper Straße 15 · 48653 Coesfeld